

## Schweiz - Europa

### Die neue EU-Debatte hilft vor allem der SVP

Man wolle die Schweiz «von Denkverboten befreien», liess Avenir Suisse verlauten, als sie letzte Woche Argumente für einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum oder gar zur EU präsentierte. Die Denkfabrik ist nicht alleine: Auch Moritz Leuenberger und die Kantone haben jüngst dafür plädiert, das Verhältnis zur EU zu überdenken. Dafür gibt es gute Argumente. Der bilaterale Weg wird immer schwieriger. Bei Verhandlungen gilt in Brüssel heutzutage das Motto «Vogel, friss oder stirb»: Entweder übernimmt die Schweiz unbeschadet das ganze EU-Recht im jeweiligen Bereich – oder es gibt keinen Vertrag. Das sei mit der Schweizer Souveränität unvereinbar, argumentiert Avenir Suisse.

Dieser – eigentlich richtige – Befund kontrastiert mit der Befindlichkeit des Durchschnittsbürgers. Für diesen ist die EU derzeit so unattraktiv wie selten zuvor. Die durch die Finanzkrise hervorgerufenen Probleme führen den Schweizern fast täglich vor Augen, dass sie es besser haben als die EU-Bürger. Im Unterschied zu den meisten EU-Staaten hat die Schweiz ihre Staatsfinanzen im Griff, die Arbeitslosigkeit ist tief, und auch die teure Rettung Griechenlands betrifft uns nur am Rande. Verglichen mit solch harten Fakten ist «Souveränitätsverlust» eine abstrakte Kategorie. Dass eine Denkfabrik gegen «Denkverbote» anschreibt, ist ihre Aufgabe. Doch bis auch die Schweizer Bürger einen Handlungsbedarf verspüren, müssen sie den Eindruck bekommen, ein EU-Beitritt der Schweiz brächte ihnen Vorteile. Solange das nicht der Fall ist, hilft jede EU-Debatte vor allem der SVP. (hä.)

## USA

### Es geht noch immer um die Wirtschaft, Dummkopf!

Kurz vor den Sommerferien und nach eineinhalb Jahren im Amt hat US-Präsident Barack Obama – nach der Gesundheitsreform und dem Konjunkturpaket – seine dritte gesetzgeberische Grossstat vollbracht. Als erstes westliches Land erhalten die USA eine umfassende Reform ihres Finanzmarktrechtes. Die Widerstände dagegen waren nicht gering. Allein seit Januar haben die betroffenen Unternehmen 600 Millionen Dollar für Lobbying ausgegeben, um den Regulierungen die Schärfe zu nehmen. Und auch die drei Republikaner, die Obama für eine Mehrheit im Senat brauchte, liessen sich ihr Umschwenken mit Konzessionen entgelten. Die Reform enthält überdies viele Punkte, die in aufgeschobenen Berichten noch konkretisiert werden müssen. Trotzdem ist das Gesetz schon heute erstaunlich streng – und müsste also beim Volk gut ankommen, das doch laut Umfragen scharfe Regeln für die Wall Street begrüsst. Aber es bleibt eigenartig: Obama kann tun, was er will, der Funken der Begeisterung für seine Präsidentschaft und seine Partei will vor den Kongresswahlen im Herbst einfach nicht richtig springen. Dass er zügig umsetzt, was er vor den Wahlen versprochen hat, hilft da wenig, weil die Wähler eben nicht säuberlich die gehaltenen Versprechen zählen und dann entscheiden. Das Einzige, was helfen würde, kann Obama nicht kreieren: einen Aufschwung samt sinkenden Arbeitslosenzahlen. Der Satz, der 1992 in Bill Clintons Wahlkampfbüro prangte und seither zur meistzitierten Weisheit amerikanischer Politik geworden ist, gilt noch immer: «It's the economy, stupid!» (tis.)

## Credit Suisse Deutschland

### Ziel: Bürger verschrecken

150 Steuerfahnder durchsuchen die Filialen der Credit Suisse in Deutschland und transportieren kistenweise «Beweismaterial» ab. Die Staatsanwaltschaft wertet die Aktion bereits als Erfolg. Es wäre allerdings erstaunlich, wenn die Behörden in den CS-Filialen Hinweise auf eine Beihilfe zu Steuerdelikten fänden. In der Vergangenheit empfing die Grossbank so ziemlich jeden deutschen Steuerflüchtling mit offenen Armen – allerdings nur in ihren Schweizer Geschäftsstellen. Die CS gehörte zu den ersten Banken, die sich für eine Zukunft ohne das «Geschäftsmodell Steuerhinterziehung» rüsteten. Dafür ging sie in mehreren Ländern «onshore», so auch in Deutschland. Es wäre strategiewidrig (oder dumm), wenn die CS diese lokalen Niederlassungen dazu missbraucht hätte, Steuerflucht-Gelder zu akquirieren. Wahrscheinlicher ist, dass die Razzia vor allem dazu dient, eine Nation aufzuschrecken, in der Steuerumgehung als Volkssport gilt. (stä.)

## Chappatte



Schweizer Geheimdienst sammelt 200 000 neue Fichen.

## Der externe Standpunkt

### Vertreibung von Mietern aus Quartieren ist inakzeptabel

Grund des Trends ist nicht die Zuwanderung Gutverdienender, sondern die schrankenlose Kapitalverwertung auf den Immobilienmärkten. Schluss damit, meint Jacqueline Badran

Wohnen ist der Stoff, aus dem Lebens-Träume gemacht sind. Wohnen ist aber auch der volkswirtschaftlich bedeutendste Faktor. Die Kosten fürs Wohnen sind der grösste Posten in einem Haushaltsbudget, und sie bestimmen über die Möglichkeiten, unser Leben frei zu gestalten.

Seit Jahren steigen die Mieten und Immobilienpreise unaufhörlich, trotz rekordtiefen Hypothekenzinsen, ausgeprägter Bautätigkeit und tiefer Inflation. Jetzt stellt das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) fest, was wir seit Jahren jeden Tag beobachten können: Segregation. Der schweizerische Mittelstand wird an die Peripherie gedrängt. Die steigenden Preise werden durch einen höheren Beschäftigungsgrad im Haushalt, durch Konsumverzicht oder vor allem durch längere Arbeitswege teuer bezahlt. Kaum eine Woche vergeht in Zürich, ohne dass wir von Massenkündigungen in Wohnsiedlungen hören. Ziel ist Abriss und Erstellung von Luxuswohnungen mit hohen Renditen. Eigentümerinnen sind oft Kapitalverwertungs-Anstalten wie Immobilienfonds der CS oder UBS. Bei Mieterwechsel sind Mietzins-Aufschläge von 50 Prozent ohne Mehrwert keine Seltenheit. Schuld daran sei die Zuwanderung Gutverdienender als Folge der Personenfreizügigkeit, meint das BWO.

Zwar ist unbestritten, dass die Erhöhung der Nachfrage von Gutverdienenden nach Wohnungen an attraktiven zentralen Lagen einen Preisdruck ausübt. Dieser wird aber erst dann wirksam, wenn renditeorientierte Eigentümer diesen auch ausnutzen. Das Angebot hat nämlich schweizweit mit dem Bevölkerungswachstum einigermassen Schritt gehalten.

Kein Wort verliert das Bundesamt über andere preistreibende Faktoren. In den letzten zehn Jahren wurde der Immobilienmarkt zu einem riesigen Anlage-Universum umgebaut. Erste börsenkotierte Immobiliengesellschaften wurden geboren, Milliarden wurden in Immobilienfonds transferiert, indirekte Immobilienanlagen, Immo-

bilien-Derivative und strukturierte Produkte kamen auf den Markt. Industriekonzerne wie Feldschlösschen und Maag und Staatsbetriebe wie die SBB und Swisscom haben ihre Immobilien in Aktiengesellschaften ausgelagert. Die Immobilie wurde so von der Wertanlage zu einer spekulativen Ertragsanlage. Daneben haben sich Rahmenbedingungen geändert, mit preistreibender Wirkung. So müssen Pensionskassen die Immobilien nach dem Verkehrswert verbuchen und nicht mehr nach dem Anlagewert. Dies führt ohne Wertschöpfung zu steigenden Mieten. Dass via Immobilien viel Geld gewaschen wird, ist kein Geheimnis. Bundesrat Merz machte jedoch nie Anstalten, Immobilien dem Geldwäschereigesetz zu unterstellen.

Dass diese Entwicklungen aus dem Radar der Politik gefallen sind, ist umso fataler, als sie nicht nur gesellschaftspolitisch unerwünscht, sondern Gift für die Wirtschaft sind. Steigen die Mieten in der Schweiz nur um 100 Franken pro Monat und Haushalt, so werden 3 Milliarden Franken von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen umverteilt. (Zum Vergleich: Das ist ungefähr ein Drittel von dem, was in der Schweiz für Kleidung und Schuhe ausgegeben wird.) Dieses Geld fehlt dem Konsum und dem Gewerbe. Al-

lein in der Stadt Zürich wird jährlich eine halbe Milliarde Grundstückgewinne realisiert – also Profite ohne Leistung. Diese Gewinne müssen von den Mietern und Käufern verzinst werden.

Dass es auch anders geht, beweisen nichtgewinnorientierte Bauträger, die nur kostendeckende Mieten erheben. Diese sanieren energetisch wertvoll oder bauen neu, so dass Normalverdienende die Mieten tragen können.

Ursache ist also nicht die Zuwanderung, sondern die Kapitalverwertungs-Logik, die zunehmend den Immobilienmarkt beherrscht. Was diese Logik für fatale Konsequenzen haben kann, hat uns die Finanzmarktkrise gezeigt, die ihren Ursprung in den US-Immobilien hatte. Das essenzielle Gut Wohnen ist kein Turnschuh- oder Tomatenmarkt. Die Menschen in diesem Land sind nicht dazu da, mit ihren Arbeitseinkommen über Umverteilungsmechanismen die Gewinne der Kapitaleigentümer zu finanzieren.

Es ist inakzeptabel, dass Menschen, die jahrelang mit ihren Steuern die Infrastruktur aufgebaut und den Quartieren Sorge getragen haben, vertrieben werden. Es

gibt weder Sachzwänge noch volkswirtschaftliche Gründe, dies hinzunehmen. Egal, welche Parteifarbe man trägt – angesichts dieser Entwicklung müssen wir Massnahmen ergreifen: Schutz vor ungerechtfertigten Mietzinsaufschlägen durch obligatorische Bekanntgabe des Vor-Mietzinses, Einschränkung der Zweitwohnungen auch in Städten, Unterstellung der Immobilien unter das Geldwäschereigesetz und Abschöpfung von Planungsgewinnen. Indirekte Immobilien-Anlagevehikel gehören verboten. Dafür ist die Expansion nichtgewinnorientierter Bauträger und des selbstbewohnten Eigentums zu forcieren.

Solange wir eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsordnung haben, brauchen wir die Zuwanderung. Ebenso brauchen wir eine Bodenpolitik, die den Namen verdient, damit Wohnen nicht plötzlich der Stoff von Albträumen ist.

## Jacqueline Badran



Jacqueline Badran, 48, studierte Biologie sowie Ökonomie und Staatswissenschaften an der HSG. Nach Jahren in der Wirtschaftsförderung und Finanzverwaltung ist sie seit 2000 Geschäftsführerin eines KMU. Sie sitzt für die SP im Zürcher Gemeinderat und engagiert sich besonders in der Wohnpolitik.